

SVPdirekt

FREIHEITLICHE UND KONSERVATIVE ZEITSCHRIFT FÜR DIE REGION WINTERTHUR | MAI-AUSGABE 2/2021 | 29. JAHRGANG

AZB
8404 Winterthur

CO₂-Gesetz: Das Märchen aus Bundesbern



Retouren an
Printimo AG, Postfach

DIE POST

Besonders Autofahrer werden mit dem neuen CO₂-Gesetz massiv abgezockt



Ueli Bamert
Kantonsrat SVP
Kanton ZH

Am 13. Juni stimmen wir über das revidierte CO₂-Gesetz ab. Dieses strotzt nur so von Verboten, Vorschriften und neuen Steuern und Abgaben: So sollen Treibstoff und Brennstoff verteuert, Öl- und Gasheizungen verboten und Flugtickets neu besteuert werden. Dagegen wehrt sich die SVP gemeinsam mit einer breiten Wirtschaftsallianz. Besonders aktiv im Abstimmungskampf ist Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Leider

nimmt es die Energieministerin aber nicht so genau mit der Wahrheit, und so setzte sie ein Märchen in die Welt: Das neue CO₂-Gesetz koste eine Familie maximal 100 Franken pro Jahr. Mit diesem äusserst geringen Obulus an die Obrigkeit könne das gemeine Volk in der Schweiz einen wertvollen Beitrag zur Rettung des Weltklimas leisten.

Mittelstand wird einmal mehr abgezockt

Wie bei Märchen üblich gilt auch hier: Es ist nicht wahr. Im Gegenteil. Das neue CO₂-Gesetz belastet die Bevölkerung weit mehr, als Bundesbern dies

zugeben will. So verteuern sich die Treibstoffe um 12 Rappen pro Liter. Leuten, die sich nicht um ihr Haushaltsbudget sorgen müssen – wie etwa eine Bundesrätin –, kann dies freilich egal sein. Und das ist es auch. Denn, dass auch die Abgabe auf Heizöl und Gas mehr als verdoppelt und der Ersatz von Öl- und Gasheizungen faktisch verboten wird, trifft ja nicht sie, sondern den Mittelstand: Kleine Hauseigentümer und die Mieterschaft. Mit der neuen Steuer von bis zu 120 Franken auf Flugtickets werden schliesslich vor allem jüngere, reisefreudige Menschen sowie Familien mit

IN DIESER AUSGABE

Eidgenössische Abstimmung	1
Kommentar	4
Eidgenössische Abstimmung	5
Kantonale Abstimmungen	8
Aktuelles	11
Letzte Seite	12

Insgesamt kommen so auf eine vierköpfige Familie 500 bis 1000 Franken Mehrkosten pro Jahr zu.

Kindern überproportional belastet. Insgesamt kommen so auf eine vierköpfige Familie 500 bis 1000 Franken Mehrkosten pro Jahr zu. Das ist ein Mehrfaches dessen, was man uns im Märchen aus Bern aufischt.

Keine Wirkung aufs globale Klima

Doch wie steht es um die Wirkung des CO₂-Gesetzes? Kann das geschröpfte Volk zumindest mit einem guten Gewissen sagen, dass es einen Beitrag zum Klimaschutz leistet, wenn es sich derart in Verzicht übt und Milliarden in einen neuen «Klimafonds» einzahlt, aus dem dann Bundesbeamte nach Belieben Geld verteilen können? Mitnichten. Denn der Einfluss der Schweiz auf das Klima ist mit ihrem Anteil von gerade Mal 0,1 Prozent am globalen CO₂-Aus-

stoss absolut vernachlässigbar. Wenn hiesige Politikerinnen und Politiker meinen, wir könnten aus der kleinen Schweiz heraus das Weltklima retten, dann zeugt dies im besten Fall von Unwissenheit, im schlimmsten Fall von Grössenwahn. Bei manchen ist es vielleicht eine Kombination von beidem. Können, sollen wir uns vor diesem Hintergrund ein derartiges CO₂-Bürokratiemonster leisten? Wenn wir Pendler, Menschen in Randregionen, Mieter, junge Menschen mit kleinem Budget und das einfache Gewerbe massiv belasten wollen, dann sollten wir zustimmen. Wenn wir die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft schwächen wollen, dann sollten wir zustimmen. Wenn wir all den durch die Corona-Massnahmen des Bundes gebeutelten Betrieben, Büzern und Selbstständigen noch mehr die Luft abdrehen wollen, dann sollten wir zustimmen.

Ein wuchtiges NEIN am 13. Juni

Wenn wir hingegen den bisherigen erfolgreichen klimapolitischen Weg der Schweiz weitergehen wollen, wenn wir auf Eigenverantwortung setzen, wenn wir uns gegen eine sozialistische CO₂-Diktatur wehren und möglichst viel Freiheit bewahren wollen, dann sollten wir das neue CO₂-Gesetz am 13. Juni wuchtig ablehnen – und damit dem Märchen aus Bundesbern ein Ende bereiten.

IMPRESSUM

Freiheitliche und konservative Zeitschrift für alle SVP Mitglieder von Stadt und Bezirk Winterthur und für weitere Abonnenten.

Herausgeber
SVP Stadt und Bezirk Winterthur

Erscheint
Viermal jährlich

Auflage
1'600 Expl.

Redaktionsleitung
Robert Winkler
direkt@svp-winterthur.ch
Tel. 079 896 46 06

Redaktion
Hans Brunner, Maria Wegelin, Felix Lisibach, Therese Schläpfer, Werner Schneider, Simon Rüttimann

Druck
Printimo AG
Frauenfelderstrasse 21a
8404 Winterthur

Postadresse
SVP Winterthur
8400 Winterthur

PC-Konto
84-3804-5
SVPdirekt, Winterthur

Inseratannahme
Werner Schneider
Tel. 079 696 47 31
w.o.schneider@glattnet.ch

Berücksichtigen Sie unsere Inserenten, denn sie ermöglichen Druck und Versand des SVPdirekt. Danke.

Inserat



IHR IT-PARTNER IN DER REGION

IT-Lösungen, Cloud, Microsoft 365 und Teams, VoIP für KMU

We keep IT personal.

www.datimo.ch

datimo
ITSOLUTIONS
Ein Bereich der Optimo Group

Gelassenheit



Haben Sie den Mut, dieses Gesetz abzulehnen oder haben Sie den Mut, das Gesetz gutzuheissen? Das ist am 13. Juni möglich, nehmen sie diese Verantwortung wahr.

«Gott, gib mir die Gelassenheit, die Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann, den Mut, die Dinge zu ändern, die ich ändern kann und die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden». (Reinhold Niebuhr)
In meinen Augen ein sehr schönes «Gebet». Gerade in der heutigen Zeit gibt es bestimmt viele Dinge, die man gerne ändern würde. Massnahmen, die man nicht versteht, weil sie keiner Logik entsprechen und die man aufheben will, weil man sich doch schon längst wieder gerne bei einem feinen Essen treffen würde, eine Reise nach

Amerika planen möchte oder einfach in ein Einkaufszentrum gehen will, ohne eine Maske tragen zu müssen.
Wir werden demnächst über das COVID-19-Gesetz abstimmen. Die Delegierten der SVP Schweiz haben hier die Stimmfreigabe beschlossen. Für einen Teil der nationalen SVP-Parlamentarier stellen die finanziellen Hilfen, welche in diesem Gesetz geregelt sind und von vielen Unternehmen dringend benötigt werden, den entscheidenden Teil dieses Gesetzes dar. Ein anderer Teil sieht das Problem an diesem Gesetz jedoch dort, dass die nötigen Finanzhilfen mit weiteren Rechten und Kompetenzen für den Bundesrat verknüpft sind. Dies ist auch der Grund, weshalb eine Gruppe von mutigen Menschen das Referendum ergriffen hat. Aus meiner Sicht wäre die beste Hilfe wohl eine sofortige Beendigung der Massnahmen, damit

sich unsere KMUs und unsere Gewerbler wieder erholen und frei arbeiten können. Und bestimmt gibt es eine Alternative, um das Problem der fehlenden Gesetzesgrundlage für die bereits geleisteten finanziellen Hilfen zu lösen. Die finanziellen Entschädigungen für die vom Staat geschädigte Wirtschaft könnte auch in einem separaten Gesetz geregelt werden. Nun liegt es bei Ihnen, liebe SVP-Mitglieder. Haben Sie den Mut, dieses Gesetz abzulehnen oder haben Sie den Mut, das Gesetz gutzuheissen? Das ist am 13. Juni möglich, nehmen sie diese Verantwortung wahr. Noch müssen Sie die Gelassenheit nicht aufbringen, etwas hinzunehmen, denn noch können Sie es ändern. Dazu wünsche ich Ihnen viel Weisheit!



Maria Wegelin
Präsidentin SVP
Winterthur
Vize-Präs. Stadt-Töss-
Mattenbach-Veltheim



Kalender

Datum	Anlass	Ort
19. Mai 2021	Generalversammlung SVP Winterthur	Winterthur
06. Juni 2021	Grillplausch SVP Winterthur	Winterthur
13. Juni 2021	Abstimmungen	
10. Juli 2021	Jubiläum 100 Jahre SVP Winterthur	Winterthur
27. August 2021	Delegiertenversammlung SVP Kt. ZH	
01. September 2021	Parteiversammlung SVP Winterthur	Winterthur
07. November 2021	Spaghettiplausch SVP Winterthur	Winterthur

Finden Sie weitere Informationen zu aktuellen Anlässen auf



svp-winterthur.ch



svp-bezirk-winterthur.ch



svp-zuerich.ch

Inserat

**PRINTIMO.
MEHR ALS
NUR DRUCK.**



Printimo AG
Frauenfeldstrasse 21a
8404 Winterthur
Telefon 052 262 45 85
info@printimo.ch
www.printimo.ch

1.1.2019 wurde das Unternehmen gegründet

Einige Worte zur neuen Gemeindeordnung - Abstimmung vom 26. September 2021



Maria Wegelin
Präsidentin SVP
Winterthur
Vize-Präs. Stadt-Töss-
Mattenbach-Veltheim

Die neue Gemeindeordnung (GO) überschreitet die rote Linie der SVP deutlich, weshalb Vorstand und Fraktion der nächsten Generalversammlung der SVP die Totalrevision GO zur Ablehnung empfehlen werden.

Für die SVP waren drei Punkte wesentlich, die für eine Zustimmung zur neuen Gemeindeordnung nicht überschritten werden durften. Zu unserer roten Linie zählten wir neben der Einführung eines Ausländer- und Jugendvorstandes, gefährlichen Erhöhung der Finanzkompetenzen des Stadtrats insbesondere die Revision der Schulpflege, welche klar den grössten und wohl

wichtigsten Brocken darstellt. Kurz zusammengefasst geben die vorgesehenen Änderungen dem Stadtrat im Bereich Schule noch mehr Macht und die bewährten und volksverbundenen Kreisschulpflegen werden abgeschafft. Es geht hier also einmal mehr um eine Zentralisierung. Diese Änderungen kann die SVP so nicht akzeptieren. Die gesetzlichen Aufgaben der bisherigen Kreisschulpflegen mit ihren 47 gewählten Schulpflegemitgliedern sollen zukünftig von nur noch sechs teilamtlichen - angedacht ist ein Pensum von 30% - Schulpflegern gestemmt werden. Dafür sollen Leiter Bildung angestellt werden, Staatsbeamte, wohnhaft in Konstanz oder Frauenfeld. Inskünftig sollen also Leute, die nicht einmal in Winterthur wohnhaft sind, sich um unsere

Schulen kümmern. Die Schulpfleger verkommen zu einer reinen Alibiübung. Durch die Abschaffung der bewährten Kreisschulpflegen, die die Nähe vom Volk zur Volksschule gewährleistet haben, wird unsere Volksschule noch mehr zu einer Staatsschule.

Die Finanzkompetenzen sollen bei einmaligen Ausgaben von fünf auf acht Millionen erhöht werden, bei wiederkehrenden Ausgaben von jährlich CHF 500'000 auf 800'000.

Nur gerade mal 100 seit zwei Jahren in Winterthur wohnhafte Ausländer dürfen einen Vorstoss einreichen. Wohlbemerkt, für eine Volksinitiative braucht es 1'000 Unterschriften von in Winterthur wohnhaften Schweizerinnen und Schweizern.

Inskünftig sollen also Leute, die nicht einmal in Winterthur wohnhaft sind, sich um unsere Schulen kümmern. Die Schulpfleger verkommen zu einer reinen Alibiübung.

SVP - 100-JÄHRIGES JUBILÄUMSFEST & WAHLKAMPFAUFTAKT

Samstag, 10. Juli 2021, 17.00 Uhr, Frohsinnareal Wülflingen (beim Beck Lyner, Eulachstrasse)

100 Jahre SVP Stadt Winterthur wollen gefeiert werden...
Grusswort Präsident SVP Schweiz, Marco Chiesa
Grusswort Präsident SVP Kanton Zürich, Benjamin Fischer
Vorstellung der SVP-Stadtratskandidaten
Apéro riche
Foodstände & Barbetrieb
Unterhaltung durch das Duo MAPE
"Hau den Lukas", "Nageln"
Gemütliches Beisammensein, Gespräche, Diskussionen
Versteigerung spannender Preise für die Wahlkampffinanzierung

Bitte beachten Sie, dass der Anlass, je nach aktueller Corona-Situation, allenfalls verschoben werden muss. Wir bitten Sie um Verständnis. Es wird ein Corona-Schutzkonzept geben.

Verbindliche Anmeldungen bitte bis 18. Juni 2021 an:

markus.reinhard@svp-winterthur.ch

Markus Reinhard, Grubenstrasse 44, 8404 Winterthur



Nein zur «Trinkwasser-Initiative»

Martin Hübscher
SVP Kantonsrat
Kt. ZH

Die Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung» hat einen verfänglichen Titel, weil wir alle sauberes Trinkwasser wollen. Die Initiative hat aber mit Trinkwasser nichts zu tun. Sie zielt ausschliesslich auf die Direktzahlungen. Sie will diese allen Betrieben streichen, die Pflanzenschutzmittel einsetzen oder Futter für ihre Tiere zukaufen. Damit ist auch der Biolandbau betroffen, weshalb auch Bio Suisse die Nein-Parole beschlossen hat.

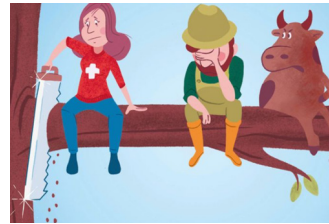
Zwei wissenschaftliche Studien zeigen, dass die Trinkwasserinitiative gesamthaft gar einen negativen Effekt auf die Umwelt

hätte:

- Bei einem Verzicht auf Direktzahlungen müssen Betriebe die damit verbundenen ökologischen Leistungen nicht mehr einhalten.
- Durch den zunehmenden Import steigt der ökologische Fussabdruck im Ausland proportional stärker.

Forderungen widersprechen der Marktnachfrage

Die Konsumenten können heute gemäss ihren Werten und Wünschen einkaufen. Es gibt für jedes Bedürfnis ein entsprechendes Labelprodukt. Nur noch ausschliesslich Schweizer Labelprodukte anzubieten, widerspricht der Marktnachfrage.

Verfügbarkeit von einheimischen Lebensmitteln sinkt um

«Wir sägen nicht am Ast, auf dem wir sitzen» Nein zu den extremen Agrarinitiativen. Wir wollen weiterhin gesunde Lebensmittel von der Schweizer Landwirtschaft.

mindestens 30 Prozent

Marktfremde Bestimmungen schränken die einheimische Produktion stark ein. Mit der Trinkwasser-Initiative werden Vorschriften erlassen, die die Landwirte in ihrer unternehmerischen Tätigkeit enorm einschränken, respektive die Produktionskosten in die Höhe treiben, weil der Handel unter Landwirten de facto unterbunden wird. Speziell betroffen wären im tierischen Bereich das beliebte Geflügelfleisch, die boomenden Schweizer Eier sowie das meistkonsumierte Schweinefleisch.

Rund 160'000 Arbeitsplätze in der Land- und Ernährungswirtschaft sind direkt betroffen

Die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft stellt mehr als 300'000 Arbeitsplätze sicher. Davon wäre mehr als die Hälfte direkt betroffen und gefährdet, darunter viele Käsereien, Metzgereien, Mühlen, Mostereien, Landmaschinenfirmen, Handels- und Verarbeitungsbetriebe.

Initiative ist kontraproduktiv. Stimmen Sie Nein zur „Trinkwasser-Initiative“**Nein zur «Pestizidfrei-Initiative»**

Martin Hübscher
SVP Kantonsrat
Kt. ZH

Die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» will den Einsatz von synthetischen Pestiziden in der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft gesamthaft verbieten. Die Händler dürften auch nur noch Lebensmittel importieren, die ohne synthetische Pestizide produziert worden sind.

Keine Wahlfreiheit oder Verletzung der WTO-Verpflichtungen

Die Schweizer Landwirtschaft dürfte keine synthetischen Pflanzenschutzmittel, die Lebensmittelindustrie keine synthetischen Biozide mehr einsetzen. Es dürften nur noch Lebensmittel in die Schweiz kommen, welche diese Auflage erfüllen. Die Schweizer Konsu-

mentinnen und Konsumenten hätten keine Auswahl mehr, sondern müssten gesamthaft auf diese Art von «Labelprodukt» umstellen. Die Importaufgabe wäre eine klare Verletzung der WTO-Verpflichtungen der Schweiz.

Abwandern von Verarbeitungsbetrieben ins Ausland

Heute verarbeitet die Schweiz viel Kakao und Kaffee. Um den Bedarf der Industrie bei der Annahme der Initiative zu decken, würden 21 Prozent der weltweiten Bio-Kaffeeproduktion und 50 Prozent der weltweiten Bio-Kakaoproduktion benötigt. Die Importauflagen zwingen die Lebensmittelhersteller dazu, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern.

Das Essen wird massiv teurer und Einkaufstourismus wird gefördert

Das Angebot wird staatlich



Spezialkulturen brauchen Pflanzenschutz, will man nicht sehr viel Foodwaste und Ernteaussfälle riskieren.

reguliert. Die zusätzlichen Anforderungen erhöhen die Lebensmittelpreise und machen die Schweiz noch mehr zur Hochpreisinsel. Der Einkaufstourismus wird dadurch geradezu gefördert. Darunter leidet die Schweizer Wirtschaft.

Lebensmittelsicherheit und -haltbarkeit sinken

Die Lebensmittelindustrie ist für die Reinigung ihrer Anlagen auf synthetische Biozide angewiesen. Ohne solche ist eine einwandfreie Lebensmittelqualität in Frage gestellt und die Haltbarkeit der Produkte sinkt.

Mehr Emissionen und Foodwaste

Der Verzicht auf Herbizide und die Verwendung von biologischen Pflanzenschutzmitteln führen dazu, dass die Felder viel häufiger befahren werden müssen (Hacken, mehr Behandlungsdurchgänge). Weil zudem mit mehr Ausfällen und einer schlechteren Haltbarkeit zu rechnen ist, erhöht sich nicht nur der CO₂ Ausstoss der Lebensmittelproduktion, sondern auch Foodwaste.

Die extreme Trinkwasserinitiative und die Initiative für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide verfehlen das Ziel, gefährden die regionale, einheimische Produktion und verteuern die Lebensmittel!

Ja Keine Chance dem Terrorismus



Mauro Tuena
Präsident SVP
Stadt Zürich

Terrorismus und terroristische Anschläge nehmen auch in der westlichen Welt zu. Nach einer Häufung von Anschlägen in London, Paris, Dresden, Nizza, Hanau, Halle oder Wien zeigt sich: Der islamistische Terror ist zurück in Europa. Und auch in der Schweiz gab es terroristisch motivierte Attentate.

In den Knochen sitzt uns eine Messerattacke eines radikalisierten 26-jährigen Mannes im September 2020 in Morges (VD). Er attackierte eine Person mit dem Messer. Der Attentäter war Teil eines Dschihadisten-Netzwerks. Ende November 2020 sticht eine 28-jährige Frau mit "dschihadistischen Hintergrund" in Lugano (TI) auf eine Person ein. Beide Attentäter waren den Behörden im Vorfeld bekannt. Damit diese Attentate hätten verhindert werden können, hätte die Polizei aber zusätzliche Instrumente benötigt. Bereits vor den beiden terroristisch motivierten

Anschlägen in der Schweiz erkannte der Bundesrat die Bedrohungslage von terroristischen Anschlägen und erarbeitete ein Massnahmenpaket. Ein Teil hierfür ist das neu geschaffene "Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)", über welches wir infolge eines Referendums linker Jungparteien am 13. Juni abstimmen.

Mit diesem Gesetz soll die Polizei Instrumente erhalten, um mit terroristischen Gefährdern umgehen zu können. Es sind präventive Massnahmen, welche den Polizeiorganen erlauben, einen Terroranschlag möglichst zu verhindern. Dabei geht es um verwaltungspolizeiliche Massnahmen, welche gegenüber terroristischen Gefährdern angeordnet werden können, wie Kontaktverbote, Melde- und Gesprächsteilnahmepflichten, ein Ausreiseverbot oder, als einschneidendste Form der Eingrenzung, der Hausarrest. Hausarrest muss vom Zwangsmassnahmengericht verfügt werden.

Nehmen wir an, dass ein junger Mann gegenüber seinem Umfeld wiederholt gewalttätig in Erscheinung tritt. Er zeigt Sympathien mit dem Islamismus. Zudem hat er im Internet häufig Kontakt zu anderen Personen, die zu islamistischer Radikalisierung aufrufen. Das heutige Recht gibt der Polizei keine Möglichkeit, dagegen vorzugehen. Mit dem neuen Gesetz würde das anders aussehen. Wenn konkrete Anhaltspunkte bestehen, dass der junge Mann eine terroristische Aktivität ausüben wird, stehen polizeiliche Massnahmen zur Verfügung. Wenn sich abzeichnet, dass der junge Mann plant, in ein Konfliktgebiet auszureisen, dann könnte man ihm verbieten, die Schweiz zu verlassen. Diese Massnahmen erlauben es der Polizei, unsere Bevölkerung vor terroristischen Gefährdern zu schützen.

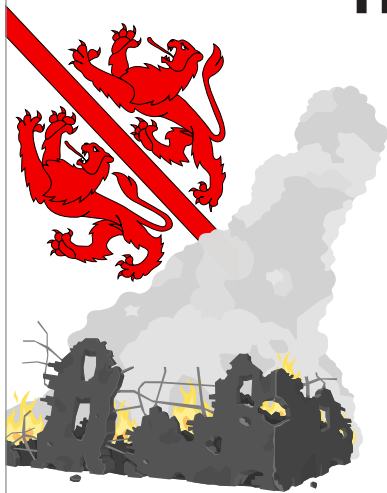
Die Politik hat die Pflicht alles zu unternehmen, um terroristische Anschläge gegen unsere Bevölkerung möglichst zu verhindern. Angesichts der zunehmenden Bedrohungslage brauchen wir

griffige Massnahmen, um den Terrorismus in die Schranken zu weisen.

Unser Land blieb bis heute verschont von grösseren bestialischen Attentaten. Wir haben die Möglichkeit, dafür zu sorgen, dass dies so bleibt, indem wir den Handlungsspielraum unserer Polizeiorgane etwas verfeinern. Dieses neue Gesetz ist ausgewogen formuliert und schiesst nicht über das Ziel hinaus. Die tragenden Säulen unserer Schweiz, nämlich unsere Freiheit und unsere Selbstbestimmung werden mit diesem Gesetz nicht tangiert. Aber die Sicherheit von uns allen wird gestärkt. Dieses Gesetz richtet sich gegen den Terrorismus und nicht gegen Extremismus. Terroristen hassen unseren freiheitlichen Staat.

Für eine sichere Zukunft in Freiheit – darum am 13. Juni JA zum "Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)".

Schluss mit der linken Zerstörung unserer Finanzen und Lebensqualität!



Geschätzte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Winterthur,

nun ist genug! Obwohl die Steuererhöhung auf 125 Prozent beschlossen ist, will Rot-Grün eine weitere **Steuererhöhung auf unglaubliche 129 Prozent!** Zudem will uns Rot-Grün mit ihrer Klima-Ersatzreligion umerziehen und vieles verbieten und verteuern. Road-Pricing, autofreie Sonntage sowie über 50 Massnahmen und Verbote betreffend Essen, Konsum und Reisen, welche mehr als 6,6 Millionen Franken pro Jahr kosten!

Dagegen wehren wir uns, dagegen wehrt sich die SVP!



Unterstützen Sie uns dabei, werden Sie Mitglied bei der SVP:

svp-winterthur.ch/mitmachen



Susanna Lisibach
Kantonsrätin SVP



Thomas Wolf
Gemeinderat SVP



Wie immer sollte man sein JA oder NEIN niemals aus emotionalen Gründen auf den Abstimmungszettel setzen.

Stimmfreigabe Covid-19 Gesetz



Therese Schläpfer
SVP Nationalrätin
Kanton ZH

Es kommt nicht oft vor, dass sich bei einer Vorlage Qualität und Anzahl der Pro- und Contra-Argumente aus SVP-Optik ungefähr die Waage halten. Das Covid-19-Gesetz ist eine solche Vorlage. Es gibt sowohl legitime Gründe für eine Annahme als auch für eine Ablehnung. Ein Zeichen dafür, dass die eidgenössischen Delegierten die Stimmfreigabe beschlossen haben.

Das Referendumskomitee ist richtigerweise der Meinung, dass die Stimmbürger die höchste Instanz des Landes sind. Wir können nun erfreulicherweise über das Gesetz abstimmen. Dem Komitee ist das Gesetz

überhastet und am Volk vorbei ausgearbeitet worden. Das Schädliche daran sind die Subventionen für Medien.

Ein berechtigter Einwand, denn subventionierte Medien berichten kaum neutral. Viele dringliche Gesetze werden mehrmals verlängert, immer unter Einschränkung der Volksrechte. Das ist auch mit dem Covid-19-Gesetz möglich. Man kann also getrost ein Nein in die Urne werfen und zeigen, wer in der Eidgenossenschaft das Sagen hat, nämlich der Souverän!

Dem gegenüber steht das Gute im Gesetz. Nämlich die vom Bundesrat beschlossenen und vom Parlament abgesegneten Finanzhilfen. Ein Ja zum Gesetz ist daher ein Ja zu den Instrumenten wie die Finanzierung von Kurzarbeit, Erwerbsersatz und à-fonds-perdu-Beiträge; ein Ja zur Unterstützung von KMUs, Gastronomie, Tourismus, Sport und Kultur und all jener Menschen, denen der Bundesrat ein faktisches Arbeitsverbot

auferlegt hat.

Ein Nein zum Gesetz nimmt dem Bundesrat hingegen nicht die Möglichkeiten, die Ausbreitung der Pandemie mit Massnahmen zu bekämpfen, die sich auf das Epidemien Gesetz stützen, also etwa Läden oder Restaurants zu schliessen oder Veranstaltungen zu verbieten. Auch der Kauf und die Verteilung von Impfstoffen wären weiterhin möglich.

Um die Einheit der Materie nicht zu verletzen, müssten fairerweise die beiden Anliegen der Finanzhilfen und der Lockdown Massnahmen separat zur Abstimmung kommen. Die Stimmfreigabe ist die logische Konsequenz obiger Überlegungen. Wie immer sollte man sein JA oder NEIN niemals aus emotionalen Gründen auf den Abstimmungszettel setzen.

*Anmerkung der Redaktion:
Während die eidgenössischen Delegierten die Stimmfreigabe beschlossen haben, haben die Delegierten der SVP des Kantons Zürich die Nein-Parole zum COVID-19-Gesetz beschlossen.*

Inserat

COMES

Ihr Vertrauenspartner für

Treuhand

Vermögensberatung

Versicherungsfragen

Postfach 1659
Bankstrasse 8
8401 Winterthur
Tel. 052 222 33 20
Fax 052 222 33 28

E-Mail: comes@comes.org
Website: www.comes.org

Inserat

Kalk!

**Kein Problem,
mit dem richtigen
System!**

ZIER AG

Wasseraufbereitung und Schwimmbadtechnik
Bahnhofstrasse 17 | 8422 Pfungen | Tel. 052 304 00 00

www.zier.ch | mail@zier.ch

Ja zum Einführungsgesetz zum Bundesbeschluss über Geldspiele



Paul Meyer
Kantonsrat SVP
Kanton Zürich

Wir sind keine Verbieter-Partei. Wir sind für die Selbstbestimmung und für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger.

Im Jahr 2018 haben die Schweizerinnen und Schweizer dem Geldspielgesetz mit fast 73% zugestimmt. Das Gesetz will konkret, dass Geschicklichkeitsspiele zugelassen sind. Warum müssen wir im Kanton Zürich nochmals darüber abstimmen? Gegen das Einführungs-Gesetz, das vom Kantonsrat vorbereitet wurde, ist das Referendum durch die Grünen und EVP ergriffen worden und darum muss die Lösung für den Kanton Zürich noch vor das Volk. Konkret geht es um die Zulässigkeit und Durchführung von Geldspielen und die Verwen-



Quelle: iStock

dung der Spielererträge, mit dem Zweck, die Bevölkerung angemessen vor den Geldspielen ausgehenden Gefahren zu schützen. Und für eine transparente und sichere Durchführung der Geldspiele zu sorgen. Wer automatisiert oder online solche Spiele anbietet, muss eine ganze Reihe von Auflagen erfüllen. Diese betreffen den Bereich der Geldwäscherei, jedoch auch den Sozialschutz. Sie müssen ein sogenanntes Sozialkonzept erarbeiten. Dieses ist ähnlich aufgebaut wie jenes der Casinos. Die Spielerinnen und Spieler müssen informiert werden und es muss aufgezeigt werden, wo Hilfe geholt werden kann. Ich finde, der Kantonsrat, mithilfe der beratenden Kommission Wirtschaft und Abgaben, hat hier eine sinnvolle Kompromisslösung gefunden. Die einerseits diese Spiele in ihrer Gänze zulässt und andererseits es aber auch ermöglicht, Massnahmen gegen die Spielsucht zuzulassen. 10% der Gewinne, zirka 1.5 bis 2 Mio.

Franken gemäss Annahme des Regierungsrates, gehen in einen Fond. Mit diesem Geld hilft man denen, die nicht zurechtkommen mit dem Spielen. Das Spiele ein gewisses Suchtpotenzial haben, ist unbestritten. Dies gilt aber auch für Online-Spiele. Nur diese können wahrscheinlich nicht kontrolliert werden. Es ist sinnvoller, die Spiele zuzulassen und zu kontrollieren, als diese zu verbieten, was wohl kaum durchzusetzen wäre. Sonst müsste man ja allen das Handy wegnehmen! Das hat deutlich mehr Suchtpotenzial. Wir sind keine Verbieter-Partei. Wir sind für die Selbstbestimmung und für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Zusammenfassend kann man sagen, dass wir den Zürcherinnen und Zürchern zutrauen, mit den Spielen umzugehen.

Die Mehrheit im Kantonsrat und eine grosse Mehrheit der Delegiertenversammlung der Zürcher SVP empfehlen die Zustimmung zum Einführungsgesetz.

Inserat

Seit 1972 verwaltet die **SISKA Verwaltungs AG** Liegenschaften für Private, Pensionskassen, Stiftungen und Immobilien-Gesellschaften. Wir entlasten unsere Auftraggeber auch von Steuererklärungen oder übernehmen auf Wunsch das Domizil und die Betreuung von Immobilien-Gesellschaften.

Neben der üblichen Verwaltungstätigkeit zählen Gesamt- und Teilsanierungen von Mehrfamilienhäusern, ohne den Mietern deswegen kündigen zu müssen, zu unseren Spezialitäten. Auch energetische Verbesserungen führen wir durch und kontrollieren die Effizienz.

Eine eigene Abteilung widmet sich der Verwaltung von Stockwerkeigentum.

Weitere Informationen und Referenzen senden wir Ihnen gerne zu:

Generelle Anfragen:

Rainer Heuberger, rainer.heuberger@siska-verwaltung.ch

Recht und Steuern:

Brigitte Heuberger-Blum, b.heuberger@siska-verwaltung.ch

Auf Ihre Kontaktaufnahme freuen wir uns.



SISKA Verwaltungs AG

Schaffhauserstrasse 9, Postfach 2338, 8401 Winterthur
Tel. 052 260 01 00, Fax 052 260 01 99
info@siska-verwaltung.ch, www.siska-verwaltung.ch

Und für Reinigungsarbeiten in Ihrer Wohnung, in Ihrem Haus oder der Büros empfehlen wir Ihnen die Firma unseres Sohnes Alexander Heuberger, die

Aksis Service GmbH, Tel. 052 260 01 70, info@aksis-service.ch

Nein Abstimmung über die Volksinitiative „Raus aus der Prämienfalle“

Lorenz Habicher
Kantonratsrat SVP
Kanton ZH

Diese Volksinitiative führt nicht aus der Prämienfalle, bekämpft auch nicht steigende Krankenkassenprämien, sondern will einfach etwas mehr kantonales Geld verteilen.

Die „Lancierung“ einer sympathischen Volksinitiative ist ein probates Wahlkampfinstrument. Nicht weiter erstaunlich, dass die frühere CVP, heutige Mitte, 2019 „Raus aus der Prämienfalle“ wollte. Um der Entwicklung von steigenden Krankenkassenprämien entgegenzuwirken, wurde 1994 mit dem Krankenversicherungsgesetz (KVG) die individuelle Prämienverbilligung (IPV) geschaffen. Sie soll Haushalte in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen entlasten. Die Ausgangslage, mit einem

„tiefen“ kantonalen IPV-Satz von unter 80% hat sich inzwischen geändert. Die Volksinitiative argumentiert noch mit alten Zahlen und Kürzungen aus dem Jahr 2012. Der Kanton Zürich hat im vergangenen Jahr schon 92% Kantonsbeitragsquote erreicht. Der IPV-Topf wird im Jahr 2021 deutlich über 1000 Millionen Franken gross sein und die SVP ist überzeugt, dass diese Summe für die Bewältigung der gesetzlichen Aufgabe in Kanton Zürich ausreichend ist. Diese Volksinitiative führt nicht aus der Prämienfalle, bekämpft auch nicht steigende Krankenkassenprämien, sondern will einfach etwas mehr kantonales

Geld verteilen. Der Regierungsrat hat per April 2020 die Einkommensgrenze schon erhöht und damit das Anliegen der Initiative schon fast erfüllt. Der Kanton Zürich nimmt die Aufgabe und seine Verantwortung in dieser Sache ernst. Der Regierungsrat und der Kantonratsrat lehnen die Volksinitiative ohne Gegenvorschlag ab. Der Kantonalvorstand der SVP hat die ablehnende Haltung der Kantonratsratsfraktion mit 48:1 klar bestätigt. Verantwortungsvolles Handeln verlangt heute sicher ein unbeliebtes, aber klares NEIN zur Volksinitiative „Raus aus der Prämienfalle“.

NEIN zum Klimawahn und zum Verbots-Irrsinn!

**Rot-grüner
Verbots-Irrsinn!**



**Geschätzte Bürgerinnen und Bürger
der Stadt Winterthur,**

werden Sie gerne bevormundet? Seien Sie gewarnt: Rot-Grün will uns mit ihrer Klima-Ersatzreligion **umerziehen und vieles verbieten!**

Road-Pricing, autofreie Sonntage sowie über 50 Massnahmen und Verbote betreffend Essen, Konsum und Reisen, welche mehr als 6,6 Millionen Franken pro Jahr kosten!

**Dagegen wehre ich mich,
dagegen wehrt sich die SVP!**

Unterstützen Sie uns dabei, werden Sie Mitglied bei der SVP:

svp-winterthur.ch/mitmachen



Thomas Wolf
Gemeinderat SVP





Nein Mehr Geld für Familien



Marcel Suter
Kantonsrat SVP
Kanton ZH

Was will diese Initiative und was würde das für den Kt. Zürich bzw. deren Unternehmen bedeuten? Die SVP-Kantonsratsfraktion ist dagegen und empfiehlt, zusammen mit dem SVP-Vorstand, ein klares Nein zur Initiative!

Das Ziel der Initiative ist die Erhöhung der Kinderzulagen und diese würde neu im Kanton Zürich mindestens 150 Prozent der bundesrechtlich vorgeschriebenen Mindestansätze (CHF 200/CHF 250) betragen. Aktuell beträgt die Kinderzulage im Kanton Zürich CHF 200 bis 12 Jahre und danach CHF 250 pro Kind. Daher würde eine Annahme der Initiative eine Erhöhung von bis zu CHF 1'500 pro Jahr und Kind bedeuten. Regelrecht «gefährlich» ist der Automatismus in dieser Initiative. Jedes Mal, wenn

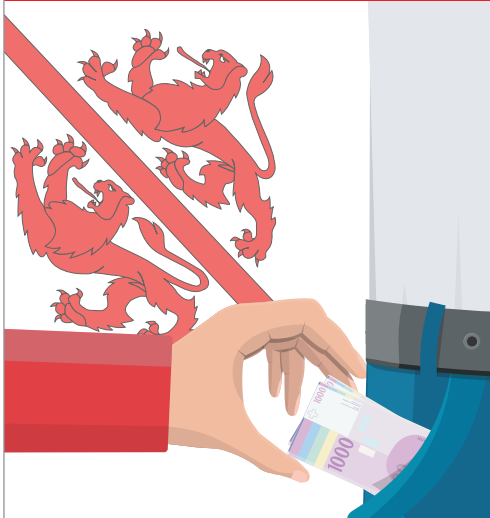
der Bund den Mindestansatz erhöhen würde, müsste auch automatisch die Kinderzulage im Kanton Zürich erhöht werden. Ja wir sind selbstverständlich für Familien und auch für Kinder! Aber nein, gesetzlich vorgeschriebene Kinderzulagen haben nichts mit Familien- oder Kinderfreundlichkeit zu tun. Wir sind eine freiheitsliebende Partei und daher vor allem ganz allgemein auch dafür, dass die Eltern für Ihre Kinder zuständig sind und nicht der Staat. Somit sind grundsätzlich und in erster Linie auch die Eltern für die Auslagen für Ihre Kinder zuständig. Eine Erhöhung der Kinderzulagen fördert auch das Giesskannenprinzip, d.h. alle Eltern erhalten diese, unabhängig ob die Eltern ein hohes oder tiefes Einkommen haben. Das Hauptargument dagegen ist: die SVP ist seit deren Gründung eine gewerbe- und wirtschaftsfreundliche Partei und genau die Wirtschaft in unserem

Kanton, wird aber diese allfällige Erhöhung der Kinderzulagen vor allem bezahlen müssen. Daher sollten wir diese Zusatzbelastung (ca. 350 Millionen!) der Unternehmen im Kanton Zürich ablehnen. Als weiteres Gegenargument gilt, dass auch das in anderen Kantonen eine Erhöhung von Kinderzulagen mit einer gleichzeitigen Senkung der Steuerbelastung für die Unternehmen erfolgreich verknüpft wurde. Dies ist aber eben nicht der Fall bei dieser Vorlage. Nicht nur Unternehmen würden mehr bezahlen, sondern natürlich auch die Gemeinden, Städte und der Kanton für deren Angestellten mit Kindern. Geld wo aber aktuell weder beim Staat noch bei den Unternehmen im Übermass vorhanden ist. Bleiben wir unserer Tradition, bürgerlich und gewerbefreundlich zu sein, treu und stimmen Sie daher Nein zur teuren Initiative «Mehr Geld für Familien»!

Ja wir sind selbstverständlich für Familien und auch für Kinder! Aber nein, gesetzlich vorgeschriebene Kinderzulagen haben nichts mit Familien- oder Kinderfreundlichkeit zu tun.

NEIN zu rot-grünen Steuererhöhungen!

Stadtrat greift zu!



Geschätzte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Winterthur,

zahlen Sie gerne mehr Steuern? Die Steuererhöhung auf 125 Prozent ist beschlossen. **Rot-Grün will sogar eine Steuererhöhung auf unglaubliche 129 Prozent!**

Der Stadtrat will mit der Revision der Gemeindeordnung seine Finanzkompetenzen weiter ausbauen, damit er ohne Volk und Parlament walten kann. Zahlen müssen Sie es!

Dagegen wehre ich mich, dagegen wehrt sich die SVP!

Unterstützen Sie uns dabei, werden Sie Mitglied bei der SVP:

svp-winterthur.ch/mitmachen



Susanna Lisibach
Kantonsrätin SVP



«Energie- und Klimakonzept» des Stadtrates Winterthur



Markus Reinhard
Gemeinderat
SVP Winterthur

Der Stadtrat der Stadt Winterthur hat im März die stadträtliche Umsetzungsplanung «Energie- und Klimakonzept 2050» präsentiert. Dieses beinhaltet bedauerlicherweise neben durchaus sinnvollen Massnahmen ein ideologisches, schwammiges und vom Gedanken der «Umerziehung» und von einer Verbotskultur geprägtes Massnahmenpaket.

Der Stadtrat unterlässt es erneut, eine realitäts- und faktenbezogene Umwelt- und Klimapolitik zu betreiben, welche eben auch bedingen würde, politisch-ideologische Grundsätze wie die Ablehnung der Kernkraft im Sinne einer wirklich ernst gemeinten Klimapolitik zumindest zu hinterfragen. Damit tritt der Stadtrat den Beweis an, dass es ihm gar nicht um das Klima geht, sondern um die Verfolgung seiner Ideologie.

In diesem Lichte wichtig ist die Tatsache, dass der Anteil der Schweiz am weltweiten CO₂-Ausstoss unter 1 Promille liegt und der Treibhausgasausstoss in der Schweiz zwischen 1990 und 2018 um 14 % abgenommen hat. Dies durch technische Innovationen und

gute, sinnvolle und finanzierbare Konzepte und Optimierungen. China, USA, Indien, Russland und Japan verursachen über 58% des CO₂-Ausstosses. Bedauerlicherweise werden also die Winterthurer Massnahmen der Welt nichts helfen, aber unserem Winterthur massiv schaden.

Klima-Deckmänteli

Das stadträtliche Massnahmenpaket enthält durchaus sinnvolle und begrüßenswerte Massnahmen, wie Ausbau der Photovoltaik (auch auf denkmalgeschützten Gebäuden), den Ausbau von Wärmeverbünden, die Sanierung von Altbauten und die Erstellung von energetisch guten Neubauten.

Unverständlich sind die scheinwirksamen, rein politischen Massnahmen, wie die problematische Förderung der Elektromobilität (graue Energie in den Batterien, fragwürdige Herstellung der Ausgangsstoffe, ungelöste Entsorgung/Recycling, Stromverbrauch). Autofreie Sonntage stellen eine klimaunwirksame Symbolpolitik dar, Road Pricing ist sozial ungerecht und benachteiligt finanziell schwächere Personen. Es scheint, dass der Stadtrat seine MIV-feindliche Verkehrspolitik nun unter dem «Klima-Deckmänteli» versteckt. Hinsichtlich der lokalen

Stromproduktion unterliegt der Stadtrat einem grundsätzlichen Irrtum und erkennt, dass die Stromproduktion eine gesamteuropäische Angelegenheit ist. Der Stadtrat plant sogar, Gas als Energieträger abzulösen, also de facto zu verbieten und den Hauseigentümern andere Energieträger aufzuzwingen. Bedenklich wird es, wenn der Stadtrat der Bevölkerung inskünftig sogar Vorschriften zum Konsum macht, es ist sogar zu befürchten, dass es in den städtischen Altersheimen keine Fleischgerichte mehr geben wird. In bester DDR-Manier will der Stadtrat die Bevölkerung sogar dazu zwingen, die Ferien inskünftig in der Region zu verbringen, anstatt frei zu entscheiden, wohin man reisen will.

Immense Kosten

Die immensen ausgewiesenen Kosten von rund 6.6 Millionen Mehrausgaben pro Jahr sind angesichts des desaströsen Finanzhaushaltes der Stadt höchst fragwürdig und entsprechen mehr als zwei Steuerprozenten. Und dabei weist selbst der Stadtrat daraufhin, dass die ausgewiesenen Kosten nicht nur unvollständig sind, sondern zudem auch Einnahmen entfallen und die Verschuldung ansteigen wird. Es muss also davon ausgegangen werden, dass die effektiven Kosten dieses

Massnahmenpaketes für Netto Null 2050 weit höher liegen oder gar ein Mehrfaches des kommunizierten Betrages betragen werden. Und wie immer bei Vorhaben des Stadtrates plant dieser natürlich auch einen massiven Aufbau an zusätzlichen Stellen in der Verwaltung.

Persönlicher Verzicht und Zwangsmassnahmen

Umweltschutz beginnt zuerst einmal beim persönlichen Verzicht, bei der Einsparung von Ressourcen und bei einem bewussterem Konsumverhalten, welches sich primär lokal und regional orientieren soll. Dies muss aber auf freiwilliger Basis und ohne staatliche Zwangsmassnahmen erfolgen. Die Reduktion der CO₂-Emissionen muss durch Innovation, die Optimierung vorhandener Technologien und Infrastrukturen sowie durch die Entwicklung neuer Technologien geschehen. Dies hat die Schweiz bereits eindrücklich bewiesen: Unser Land hat den pro-Kopf-Ausstoss der Treibhausgase in den letzten zehn Jahren um 24 Prozent reduziert. Diesen Weg müssen wir weiter gehen.

Die SVP setzt sich seit jeher für einen Schutz der Umwelt und damit unseres Landes ein. Dies muss aber in vernünftigem Rahmen und mit Augenmass geschehen sowie alle Aspekte berücksichtigen, also auch die finanzielle Belastung der Bevölkerung, die Bedürfnisse der Wirtschaft und den Erhalt der Arbeitsplätze in der Schweiz.

Die SVP steht den stadträtlichen Absichten kritisch gegenüber und lehnt als einzige Partei dieses unsäglichke, teure und unwirksame Massnahmenpaket ab.

Insertat



office@e-heiniger.ch
www.e-heiniger.ch

Alteisen und Metalle ■
Entsorgungen ■
Transporte ■
Kranwagen ■
Muldenservice ■
Recycling ■
Recyhof ■

Parolen

13. Juni 2021

Eidgenössisch

CO₂-Gesetz **Nein**

Terrorismusgesetz **Ja**

Trinkwasserinitiative **Nein**

Pestizidinitiative **Nein**

Covid-19-Gesetz **Stimmfreigabe**

Kantonal

Geldspielgesetz **Ja**

Raus aus der Prämienfalle **Nein**

Initiative: Mehr Geld für Familien **Nein**

St. Gallen - Eine echte Analyse



Felix Lisibach
Redakteur

«Reisst euch am Riemen, liebe Junge» - dies ist der Titel eines Artikels im Tagesanzeiger, welcher als Reaktion auf die Ausschreitungen in St. Gallen verfasst wurde. Eine Analyse zu St. Gallen, lautet der selbstüberschätzende Leittitel – daher nun meine Reaktion und eine echte Analyse zu den Vorkommnissen in St. Gallen.

Ich bin einverstanden mit dem Autor des Artikels, dass die «Krawallbrüder» in St. Gallen weder das Sprachrohr, noch eine angemessene Vertretung der jungen Generation sind. Frustrationen und Enttäuschungen kann man nicht mit blinder Zerstörungswut kompensieren, weshalb auch ich mich von den Vorkommnissen in St. Gallen distanzieren möchte. Nichtsdestotrotz frage ich mich, in welcher eingebildeten Manier sich der Autor die Kompetenz zuschreibt über die Probleme der Jungen urteilen zu können. Der Autor stellt zwar fest, dass viele Studenten leider nun kein

Nebeneinkommen mehr haben, da sämtliche Studentenjobs weggefallen sind – nur leider scheint es so, als ob dies das einzige Problem ist, welches der Autor als «bedauernd» empfindet für die Jugendlichen. Im selben Paragraphen nämlich kommentiert er, dass es einfach «bequemer ist, die Jugendlichen um ihr weggebrochenes Partyleben zu bedauern». Dies ist schlicht ein Schlag in das Gesicht meiner Generation. Nein – unsere Ängste beschränken sich bei weitem nicht nur auf das Wegfallen der Nebenjobs oder das Fehlen der Partys. Die Zwanziger im Leben eines Menschen gehören wohl mit zu den wichtigsten Zeiten im Leben, zumal genau dann erste, langfristige Weichen für den Eintritt in das Berufsleben gestellt werden. Nur schon die Tatsache, dass uns allen Auslandsaufenthalte, Studienreisen sowie Sprachaufstausche verwehrt bleiben, werden massive Auswirkungen haben, zumal Sprachkompetenzen und Auslandserfahrung praktisch schon Voraussetzungen sind für eine erfolgreiche Karriere – dies nachzuholen wird schwierig.

Auch der Fernunterricht an Universitäten und Berufsschulen sind in ihrer Qualität in keinerlei Hinsicht dem Präsenzunterricht gleichzustellen. Abgesagte Prüfungen – seien es Maturitäts- oder Lehrabschlussprüfungen – werden uns für immer den Ruf der qualitätseingeschränkten «Corona-Generation» einbringen und wir werden uns dafür rechtfertigen müssen, dass wir im Gegensatz zu früheren Generationen keine Prüfungen geschrieben haben. Selbstverständlich verstehe ich, dass wir alle Opfer der Pandemie sind. Dennoch, zu behaupten, dass sich der Lockdown für uns «entwicklungspsychologisch hier und dort negativ auswirkt» ist schlichtweg eine Beleidigung und zeugt sowohl von Unwissenheit über unsere Generation als auch von grösster Respektlosigkeit.

In diesem Sinne meine abschliessende Frage: Wer wird in den nächsten zwanzig Jahren die milliardenhohen Schäden abarbeiten und bezahlen müssen?

Inserat

Zürcher Betriebe nicht zusätzlich auspressen.



Schädliche Familien-Initiative

NEIN

Abstimmung 13. Juni 2021 | www.genug-ausgepresst.ch